



Marco Bülow: Wir Abnicker

Erscheinungsdatum: 12. März 2010

Econ Verlag, Berlin, 220 Seiten

Informationen zum Autor:

Marco Bülow, freier Journalist und Publizist, wurde 1971 in Dortmund geboren. Seit 2002 ist er direkt gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestags. Er ist stellvertretender Energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Mehr Infos unter: www.marco-buelow.de

Kernpunkte

Marco Bülow, SPD-Bundestagsabgeordneter, bricht das Schweigen der deutschen Parlamentarier. Er schreibt über den schmalen Grat zwischen Fraktionsdisziplin und Gewissensfreiheit, die Bildung von nichtlegitimierte Machteliten und die Entmachtung der gewählten Politiker. Er zeigt anhand von Beispielen, wie Abgeordnete ihre Entscheidungsmacht aufgeben, wie Lobbyisten Abstimmungen beeinflussen und wie Medien Politik machen. Das Buch behandelt zudem die Urteile und Vorurteile gegenüber Politikern und wirft einen Blick hinter die Kulissen ihres wirklichen Arbeitsalltags. Bülows Insiderbericht zeugt von einer handfesten Krise der parlamentarischen Demokratie. Er ruft dazu auf, die Ökonomisierung und Entpolitisierung der Gesellschaft zu stoppen und stattdessen eine bürgernahe, neue politische Kultur einzuführen. Der Autor unterbreitet konkrete Vorschläge, wie Abgeordnete den Einflussverlust der Parlamente stoppen und den ausufernden Lobbyismus deutlich eindämmen müssen. Er stellt dar, wie transparente Politik aussehen sollte und wie Parteien Vertrauen wieder zurückgewinnen können.

Anstöße geben

Johannes Rau hat in seiner letzten Berliner Rede den Satz geprägt: "*Wer Anstöße geben will, muss auch Anstoß erregen*". So ist auch der provokante Titel des Buches zu verstehen. Dabei stellt Bülow seinen Forderungen eine differenzierte Betrachtung der dargestellten Situation voran. Er möchte verändern, nicht abrechnen. Er sieht die Chance, den Einflussverlust des Parlaments zu stoppen, die Parteienverdrossenheit zu reduzieren und die Demokratie wieder zu stärken. Die Streitschrift soll Denkanstöße geben und Diskussionen hervorrufen. Die Grundsatzdebatte um unser politisches System darf nicht im klein klein der Alltagspolitik untergehen. Marco Bülow hat immer wieder - parteiintern und öffentlich - auf seine Einwände hingewiesen. Er wünscht sich eine konstruktiv kritische Auseinandersetzung mit seinen Thesen, mit offenem Visier und keine Diskussion über Personen oder die Relativierung durch formale Ablenkungsmanöver: "Jeder sollte sich sein eigenes Urteil bilden".

Textauszüge

Etwas läuft falsch (Einführung)

"Ich fürchte, dass nicht nur etwas falsch läuft mit unserem parlamentarischen System, sondern insgesamt die Demokratie Schaden erleidet, wenn wir nicht umsteuern. (...) Und das Parlament, das die Regierung kontrollieren sollte, die eigentlich vorgesehene „Entscheidungsmitte“ unserer Demokratie, scheint gar nicht den Willen zu haben, seine Kontrollfunktion wahrzunehmen."

Die Käseglocke

"Die meisten Bürger haben ein verzerrtes Bild von Politikern, das sich hauptsächlich aus politischen Talkshows und Kurzinterviews speist. Natürlich gehört dieser Ausschnitt ebenfalls zur Politik, aber er ist nicht mehr als eine Fassade. Was sich wirklich dahinter verbirgt, bekommt kaum jemand zu sehen (...). Die transparente gläserne Kuppel des Parlaments ist ein Scheinbild. (...)"

Das Ansehen der Politiker wird deutlich schlechter. Zur Unbeliebtheit tragen wir teilweise selber bei. Einige negative Ansichten über uns Politiker sind wahr, aber viele Vorurteile sind schlichtweg falsch. Ich möchte deshalb in diesem Buch anhand meiner eigenen Erfahrungen schildern, wie der Arbeitsalltag eines Abgeordneten vor und hinter den Kulissen aussieht, was uns antreibt und wie das Parlament funktioniert. Fragen, warum das Parlament immer so leer ist, werden dabei ebenso zur Sprache kommen, wie Beispiele, die aufzeigen, wie das Machtgeflecht zwischen Wirtschaft, Medien und Politik funktioniert."

Einflussverlagerung

"Politische Machtspiele sorgen dafür, dass die politische Gestaltungsmöglichkeit des Bundes stark eingeschränkt wird. (...) Als wäre der Machtverlust nicht schon groß genug, hat außerdem ein Teil der Wirtschaft über Lobbyisten – mit der freundlichen Mithilfe vieler Abgeordneter – ihren Einfluss ausbauen können. Kombiniert mit der Unsitte, dass Regierungen und Fraktionen immer häufiger externe „Experten-Kommissionen“ aller Art einsetzen, wird der Einfluss der Abgeordneten, teilweise auch ihre Verantwortung geschmälert und ausgelagert."

Machtverhältnis Regierung und Parlament

"Es wäre so wichtig, wenn der „demokratische Keilriemen“ (der Abgeordneteneinfluss) wieder in Gang gesetzt und der Parlamentarismus dadurch neu belebt werden würde. Wir brauchen selbstbewusste Abgeordnete und einen wirkungsvollen Bundestag. Nur der Opposition die Kontrolle der Regierung zu überlassen, ist völlig unzureichend, denn sie hat allein kaum eine Möglichkeit, selbst Einfluss auszuüben. Sie kann die Öffentlichkeit informieren, nachfragen, aber ohne Mehrheit kann sie nichts verändern. Dies könnten aber die Regierungsfractionen. (...) Die Abgeordneten müssen an den Entscheidungen beteiligt werden. Die Volksvertreter in den Parlamenten sind von der Bevölkerung gewählt worden, nicht die Ministerien und Minister. Sie müssen aus eigener Kraft ihre Möglichkeiten besser und häufiger ausschöpfen."

Gewissensfreiheit

"Ich verstehe, dass wir es schwer haben, Mehrheiten durchzusetzen, wenn wir uns der Disziplin widersetzen. Es ist für mich aber nur schwer hinnehmbar, der Disziplin zu folgen, wenn taktische oder machtpolitische Entscheidungen wichtiger sind als Inhalte und die fachliche Beurteilung. (...) Die Disziplin darf keinen blinden Gehorsam fördern und die Abgeordneten sollten neben ihrer Fraktion eben auch der Parteibasis und ihrem Gewissen verpflichtet bleiben. (...)

Ich zehre davon, dass es so viele Ortsvereine und Mitglieder gibt, die mir ihre Erfahrungen vermitteln, die einiges für die Menschen vor Ort bewirken und die bei Wahlkämpfen anpacken und um jede Stimme kämpfen. Daraus entsteht natürlich auch eine Verantwortung. (...) Meiner Basis fühle ich mich stärker verpflichtet als meiner Fraktion. Das kann natürlich zu Reibungen führen, wenn die örtliche Partei bundespolitische Themen anders beurteilt als die Fraktion in Berlin."

Demokratieverlust

"Doch hinter dieser funktionierenden Fassade besteht mittlerweile eine Machtstruktur, die sich vom eigentlichen demokratischen System entfernt. Eine Elite beherrscht und kontrolliert die politischen Entscheidungen, Wahlkämpfe sind ein von Medien- und Imageberatern beeinflusstes, meist personalisiertes Spektakel. Die Regierungen handeln Gesetze mehr mit Lobbyisten als mit den Parlamenten aus. Politische Entscheidungen werden hinter geschlossenen Türen und dort von wenigen und meist nicht demokratisch legitimierten Personen getroffen. (...)

Weil sich die Politik aus der Wirtschaft und den Finanzmärkten zum Teil freiwillig zurückgezogen hat, zum Teil raus gedrängt wurde, haben die Parlamente und damit die Bürger deutlich an Kontrolle und an Einfluss verloren – ein Trend, der sich durch eine immer mächtiger werdende Wirtschaftselite und durch die Globalisierung noch verstärkt. (...) Es hat eine Ökonomisierung aller Lebensbereiche stattgefunden. Die Allmacht von finanzstarken Großkonzernen, der Zwang zum Wachstum, die Angst vor Arbeitsplatzabbau, haben der Politik unsichtbare Fesseln angelegt. Der Souverän ist erpressbar geworden."

Lobbyismus

"Um es (...) deutlich zu sagen: Ich verurteile nicht die Unternehmen dafür, dass sie so massiv versuchen, politischen Einfluss ausüben. Stattdessen kritisiere ich in erster Linie die Abgeordneten, die in diesem Lobbytheater mitspielen. Am Ende werden wir Parlamentarier und alle anderen Politiker die Dummen sein. Wir geben unseren Einfluss auf und werden von der Bevölkerung zu Recht zur Verantwortung gezogen, wenn wir außer Versprechungen nichts mehr zu bieten haben. (...)

Wir müssen unsere Selbstentmachtung stoppen. Verhaltensregeln, die den Lobbyismus beschränken, sind überfällig. Wer das nicht verstehen will und weiterhin seine Augen verschließt, wird seinem Auftrag als Volksvertreter nicht gerecht. (...)

Immer noch lässt man die politische Selbstentmachtung zu. Dabei gibt es Vorschläge und Möglichkeiten, den Profitlobbyismus zu beschneiden, seinen Einfluss entscheidend zu reduzieren. Ich möchte mit sieben Forderungen dazu beitragen."

Selbstkritik und Spielregeln

"Und deshalb sitze ich im Advent 2008 grübelnd zu Hause, unzufrieden mit mir selbst, weil ich vielleicht nicht aktiv genug geworden bin, mich am Ende der Fraktionsdisziplin gebeugt habe, die gegen eine klare Mehrheit durchgesetzt wurde. Vor allem bin ich aber unzufrieden mit dem System, das solche Abläufe, wie die geschilderten, möglich macht. (...)

„So sind halt die Spielregeln“, wird mir sowohl von privater Seite als auch von Kollegen entgegengehalten, als ich meine Kritik und mein Unbehagen offen thematisiere. Politik ist allerdings kein Spiel – und wenn es eines wäre, hielte ich es für unfair und unspielbar. Die Spielregeln sind intransparent, zu variabel und nicht für alle gleich. Es bleiben einem drei Möglichkeiten, um auf die existierenden Spielregeln zu reagieren. Die einfachste und wohl auch am meisten genutzte Art damit umzugehen, ist es, sich den bestehenden Regeln zu beugen. Die zweite Möglichkeit besteht darin, das Spielfeld zu verlassen. Davon aber bin ich weit entfernt. Ich werde mich nicht frustriert abwenden und in den Klagegesang der gescheiterten Politiker einstimmen. Also spricht vieles für die dritte Möglichkeit: Man kann daran mitwirken, dass sich die Spielregeln verändern, dass sie fairer und transparenter werden. Eine schwierige Aufgabe, aber eine Diskussion darüber in Gang zu bringen, wäre ein erster wichtiger Schritt."

Wir haben die Wahl

"Es liegt in der Natur der Sache, dass sich im Wahlkampf die Politik verdichtet. Gemeinsamkeiten weichen den Unterschieden und die politische Konkurrenz wird immer schärfer attackiert. Lobbyisten arbeiten unter Hochdruck, Wahlkampfspenden fließen auch in die Taschen von Wahlkreisabgeordneten. Die Personalisierung und Inszenierung wird auf die Spitze getrieben, in den Parteien herrschen – mehr denn je – die Berater und Wahlkampfmager, die Politik als Business betreiben. (...) Bei aller gerechtfertigten Kritik gegenüber Politikern, bei allen verständlichen Gründen für die Parteienverdrossenheit: Es gefährdet unsere Demokratie, wenn politisches Engagement im Wahlkampf derart diffamiert wird. Wahlkampf ist nicht nur ein legitimes Mittel, für eine Partei, Personen und politische Inhalte zu werben, Wahlkampf gehört zu den Grundpfeilern einer demokratischen Gesellschaftsordnung. (...)

Am wichtigsten ist aber die Erkenntnis, dass wir vor allem unsere politische Kultur ändern müssen, wenn wir langfristig für die Menschen eine glaubhafte Alternative darstellen wollen. (...) Die Partei, die etwas bescheidener und selbstkritischer auftritt, die auf falsche Versprechungen verzichtet, die weniger Show und mehr inhaltliche Konturen zeigt, die wird mittel- bis langfristig Vertrauen zurückgewinnen können. Nur eine grundsätzliche Änderung der politischen Kultur wird außer Wahlsiegen, vor allem die Demokratie in unserem Land wieder lebendiger machen."